

„Wo ist da der Sinn?“

Zum Artikel „Mit dem Bus direkt von Gerabronn nach Crailsheim“ (HT vom 28. August):

Super, es gibt neue Buslinien. Auch der RB 72 fährt direkt nach Kirchberg zur Schule unserer Tochter. Besser kann es ja fast gar nicht laufen. Doch könnte es, wenn man den Bus auch nutzen könnte. Da werden neue Busse eingesetzt und man bekommt keinen Anschluss?

Von Blaufelden ist es eine Katastrophe, es wäre kein Problem nach Gerabronn zu kommen, da könnte unsere Tochter sogar direkt aus Blaubach den Rufbus nehmen. Nur in Gerabronn umsteigen geht nicht, den ZOB in Gerabronn fährt der 71er um die Uhrzeit gar nicht an und an einer anderen Haltestelle ist er laut Plan zwei Minuten zu spät, um den RB 72 zu erreichen. Wo ist da der Sinn, wenn schon neue Linien eingesetzt werden?

Das ganze Spiel kann man mit allen Buslinien hier spielen, es sind eine bis acht Minuten, die der Anschlussbus früher losfährt. Das kann es doch wirklich nicht sein. Und ob ich dann unsere Tochter bis nach Rot am See bringen muss oder direkt nach Kirchberg durchfähre, macht da nicht mehr wirklich einen Unterschied.

Ich finde es sehr traurig, wir haben Schulpflicht, die Busfahrkarten sind nicht wirklich günstig, wenn sie auch nach Beantragung ausgestellt würden, wo es ja dieses Jahr auch massiv Probleme gibt. Und dann muss man noch kilometerweit fahren, damit die Kinder in die Schule kommen, weil die Busse einfach nicht aufeinander abgestimmt beziehungsweise auch nicht auf die Schulzeiten abgestimmt sind.

Sandra Wöran, Blaufelden

Leserbriefe ...

... dürfen eine Länge von 3000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) nicht überschreiten. Sie können mit der Post (HT-Redaktion, Ludwigstraße 6-10, 74564 Crailsheim) und per E-Mail (redaktion.ht@swp.de) eingeschickt werden und müssen mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer versehen sein. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. ht

„Rettet das Jagsttal“

Zum Thema „Steinbruch Bölgental“:

Der Abschnitt des Jagsttales zwischen Weidenhäuser Mühle und Kirchberg, so urteilt der ausgewiesene Kenner, Dr. Hans Matern, sei „der wildeste und wunderbarste Teil der Jagst“. Schon in Kindertagen hätten ihn Wanderungen durch die Teufelsklänge und entlang der Jagst tief beeindruckt. Nicht nur ihn, sondern eine Vielzahl von Wanderern, die man zu jeder Jahreszeit dort antreffen kann. Deshalb wurde dieser Abschnitt des Jagsttales von der obersten Naturschutzbehörde zum FFH-Gebiet erklärt.

Dies scheint aber den Geschäftsführer der Firma Schön + Hippelein nicht zu beeindrucken, denn er hat nun, trotz einer klatzenden Ohrfeige, die er beim Bürgerentscheid vor zwei Jahren bekommen hat, bei der Genehmigungsbehörde, dem Landratsamt, den Antrag gestellt, einen Steinbruch in direkter Nachbarschaft des FFH-Gebiets, auf der Markung Bölgental, zu errichten.

Sein Interesse ist vornehmlich Geld zu verdienen, indem er den dort vermuteten Crailsheimer Muschelkalk abbaut, mit dem man die Fassaden von Repräsentationsbauten schmücken will. Wenn er bei der Naturierung von stillgelegten Steinbrüchen den Naturschutzverbänden mit einer Spende unter die Arme greift, so glaubt er wohl, habe er seine Bürgerpflicht als Umweltschützer erfüllt.



„Ich will mehr Schule“: In Hamburg protestierten im Juni Eltern mit ihren Kindern. Foto: Axel Heimken/dpa

„Wann kehren wir wieder zur Normalität zurück?“

Zum Thema Corona-Pandemie:

Die Entwicklung um Corona nimmt immer bizarrere Formen an. Vertretungslehrer, die für 45 Minuten in einem Klassenzimmer mit einem Kind waren, das positiv getestet wurde (deswegen aber noch lange nicht krank und auch noch lange nicht ansteckend ist, denn beides sagt der Test nicht aus), dürfen trotz eines nachweislich eigenen negativen Tests zwei Wochen ihr Haus nicht verlassen. „Nachweislich kerngesund“, aber nicht einmal ein Spaziergang an der freien Luft ist erlaubt.

Ebenso ergeht es den betroffenen Klassenkameraden. Bei einem Virus, der für diese Altersgruppe nachweislich nicht gefährlich ist und der in Deutschland generell zu nicht mehr Todesfällen als in anderen Jahren geführt hat (483 094 im ersten Halbjahr 2020 zu beispielsweise 501 391 im 2018). Es kam auch zu nicht mehr Erkrankungen als in den Vorjahren: Die TK hat für ihre 5,3 Millionen gesetzlich Ver-

sicherten veröffentlicht, dass der Krankenstand im ersten Halbjahr bei 4,36 Prozent lag, 2019 bei 4,33 Prozent und 2018 bei 4,48 Prozent. Krankschreibungen aufgrund Corona liegen bei unter 0,5 Prozent!

Der Schaden durch den Umgang mit Corona liegt höher als der durch den Virus selbst.

Aber allein die Krankschreibungen wegen psychischer Beschwerden haben um fast ein Prozent auf 18,74 Prozent zugenommen. Was könnte nur der Grund sein? Jeder an Corona schwer Erkrankte mit jetzt noch vorhandenen Folgeschäden und jeder Verstorbene tut mir von Herzen leid.

Doch der andere Teil der Wahrheit ist, dass der Schaden durch den Umgang mit Corona

jetzt schon deutlich höher liegt, als der Schaden durch den Virus selbst. Und das sowohl auf gesundheitlicher, gesellschaftlicher als auch auf wirtschaftlicher Ebene. Bei uns in Deutschland (Schüler, die nicht mehr zur Schule wollen, Angstzustände, Firmenpleiten, etc.), aber noch viel mehr in Entwicklungsländern, wo sogar Menschen durch den fraglichen Umgang mit dem Virus hungern, wie unser Entwicklungsminister erst vor Kurzem bestätigt hat.

Wann kehren wir wieder zur Normalität zurück, die aufgrund der Situation schon lange wieder möglich wäre? Oder kam mit dem Virus aus China auch die staatliche Kontrolle aus China zu uns, die dort die Menschen unterdrückt? Und möchten wir diese? Haben wir noch Gottvertrauen, das unser Land über Jahre geprägt hat? Oder ist genau dieses mangelnde Vertrauen der Grund, dass wir unsere freiheitlichen Werte sehr schnell aufgeben? Andreas Beck, Crailsheim

„Die Wahrheit kaschiert“

Zum Artikel „Männlich, jung, polizeibekannt“ (HT vom 23. September):

Ich lese auf Seite 5 in der Südwestschau unter der Überschrift „Männlich, jung, polizeibekannt“ einen Artikel von Axel Habermehl über die Krawalle in Stuttgart vor etwa drei Monaten, mit Plünderungen von Geschäften, Brandstiftung, Angriffen auf Polizeibeamte, bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen und erheblichen Sachschäden.

Darin steht der denkwürdige Satz: „Etwa zwei Drittel der Tatverdächtigen hätten die deutsche Staatsangehörigkeit, davon wiederum hätten etwa drei Viertel einen Migrationshintergrund.“ Diese verschwurbelte Ausdrucksweise hat einzig den Zweck, die Wahrheit zu kaschieren, da diese im Augenblick politisch unerwünscht ist. Mit einigen Vorkenntnissen im Bruch- und Prozentrechnen kann man aber sehr schnell feststellen, was das in Wahrheit bedeutet: dass nämlich 83,3 Prozent dieser Gewalttäter junge, männliche, teilweise polizeibekannt Migrant sind.

Diese Information ist deshalb interessant, weil Migration im Augenblick ein Thema ist und diskutiert wird. Um sich eine Meinung zu bilden, sollte man diese Tatsachen kennen. Herr Habermehl versucht aber in seinem Artikel mit abenteuerlichen Rechenkunststücken die Tatsachen zu verschleiern und un-

kenntlich zu machen. Im Mainstream planschen ist natürlich viel angenehmer, als unbequeme Wahrheiten zu benennen, die die Meinungshoheit einiger weniger Mächtigen stören und einem selbst vielleicht zum Nachteil reichen könnten. Obsequium amicum, veritas odium parit.

Was beim unbedarften Leser dieses Artikels im Gedächtnis haften bleibt ist: Zwei Drittel der Gewalttäter sind Deutsche. So soll das sein. Ist es aber nicht! Diese Ausdrucksweise hat mit objektiver Berichterstattung, die den Leser neutral und wahrheitsgetreu informieren soll, wenig zu tun. Ein aufrichtiger Journalist ist nur der Wahrheit und den Tatsachen verpflichtet und sonst niemandem. Ich nehme das Wort „Lügenpresse“ nicht in den Mund, aber man kann auch lügen, ohne die Unwahrheit zu sagen. Beispiel gefällig?

Im Kalten Krieg in den 1960-er Jahren gab es folgenden Witz: Kennedy und Chruschtschow machen ein Wettrennen, das Kennedy haushoch gewinnt. In der New York Times konnte man lesen: Chruschtschow und Kennedy machten ein Wettrennen, das Kennedy haushoch gewann. In der Moskauer Prawda stand hingegen: Chruschtschow und Kennedy nahmen an einem Wettrennen teil. Während Chruschtschow einen hervorragenden zweiten Platz belegte, wurde Kennedy nur Vortzter. Mathias Mandlier, Krefßberg

„Wachse oder weiche“

Zum Thema Landwirtschaft:

Die Landwirtschaft hat Probleme – nicht erst seit gestern. Der Bauernverband versucht nun verständlicherweise über eine Werbekampagne das Imageproblem anzugehen. Dazu werden wegweisende (?) Betriebe vorgestellt, Schilder auf den Äckern zur CO₂-Bindung von Pflanzen aufgestellt, Veranstaltungen organisiert. Klingt gut, ist es aber nur vordergründig.

Bislang vorgestellte Betriebe hatten bisher circa 100 Hektar. Wenn das die idealgute Betriebsgröße ist, weiß ich, warum massenweise Vollerwerbs-Betriebe in der Größenordnung 30 Hektar +/- bei uns von der Bildfläche verschwunden sind. „Wachse oder weiche“ ist ja das Motto des Bauernverbands. Und 100 Hektar sind keineswegs das Ende der Fahnenstange.

Folgt man der Branchenanalyse der Raiffeisenbanken (Research Publikation DZ-Bank, 2017), so werden sich die Betriebsgrößen in den alten Bundesländern denen der LPGs im Osten angleichen. 400, 600, ja 1000 Hektar dürften dann keine Seltenheit mehr sein. Das ist industrielle Landwirtschaft, wie die DZ-Bank sagt. Und nur für die wird es dann noch Geld geben. Von dieser Entwicklung ausgenommen und in vernünftigen Größen auf dem Vormarsch ist bei uns lediglich der Bio-Betrieb – so die Genobank weiter – und immer mehr Menschen sind bereit, dafür etwas mehr zu bezahlen.

Es stimmt: Pflanzen auf dem Acker binden CO₂, aber wie lange? Ganz entscheidend ist, dass sie das langfristig tun müssen. Das allein zählt. Wirklich klimarelevant CO₂ speichern kann man nur mit der Wiederbewässerung von Mooren (kein Torf im Garten!), mit Humusaufbau in Ackerböden, dem Wiederauflegen von Grünland und mit Holz. Aufnehmen in die Bilanz muss man zu-

dem, wie und wozu Pflanzen produziert werden – mit Mineraldünger und Spritzmitteln und primär als Futtermittel? Besonders Letztere stehen für viel CO₂ bei Herstellung und Verarbeitung, erst recht wenn Soja aus Südamerika eingesetzt wird. Würde man Soja durch heimische Pflanzen ersetzen, hätten wir keine Überproduktion, viel weniger Regenwaldvernichtung und keine Exportorientierung, die den Landwirten die Preise kaputt macht. Bioprodukte sind auch hier mit allem außen vor und sie werden wesentlich energieeffizienter hergestellt.

Der Weg in eine klimafreundliche und umweltverträgliche Landwirtschaft ist nicht einfach, aber machbar. Zwar sind wir im Süden besser aufgestellt, aber auch hier gibt es den Trend zur

Der Weg in eine klimafreundliche und umweltverträgliche Landwirtschaft ist machbar.

industrialisierten Landwirtschaft. Am Ende dieser Entwicklung bleibt dann nur noch ein Großbetrieb pro Ortschaft.

Zu welchen gesellschaftlichen Spannungen das führt, erleben wir derzeit in Nesselbach oder Brettenfeld. Die Menschen wollen mehrheitlich den bäuerlichen Familienbetrieb! Als Ratspräsidentin könnte die Bundesregierung initiieren, EU-Gelder künftig anders verteilen zu lassen. Wenn Bio ein Weg sein kann, um bäuerliche Strukturen zu erhalten, dann brauchen wir eine politisch gewollte Umorientierung. Mit dem Atomausstieg hat man auch nicht gewartet, bis alle Verbraucher grünen Strom gekauft haben.

Hans-Joachim Feuchter, Vorsitzender der Grünen/ÖDP-Kreistagsfraktion, Schrozberg

„Ein ‚Weiter so‘ geht nicht“

Zum Flüchtlingslager Moria:

Ganz klar, es muss geholfen werden. Noch klarer, ein „Weiter so“ geht nicht. Wenn eine Frau oder ein Mann nicht mehr wissen, wovon sie morgen leben, verlassen sie die Heimat, in der sie groß geworden sind und die sie eigentlich lieben, weil dort alles vertraut ist, weil sie das System, in

des Regenwalds in Brasilien, steigende Meeresspiegel, Klimawandel, Flüchtlings-Zuwanderung nach Europa – zu ändern, kann man Folgendes realisieren:

Die deutsche Entwicklungshilfe, die Europäische Entwicklungshilfe, initiiert ein Projekt zur Bewässerung der Sahara. An der nordafrikanischen Küste werden Wasserentsalzungsanlagen gebaut. Wasserpipelines in die Wüste werden unter Anleitung europäischer, deutscher Ingenieure von Einheimischen gebaut. Verminderte Arbeitslosigkeit, neue Perspektiven reduzieren Flüchtlingsbewegungen in Richtung Europa.

Die nötige Energie wird durch noch zu bauende Solaranlagen im sonnenreichen Afrika geliefert. Zweistufenlandwirtschaft entsteht. Bäume, die Früchte tragen, schützen die unter ihnen gedeihenden Gemüsearten und den Anbau von Mais, Getreide, etc. Mit der Einbindung der einheimischen Bevölkerung in den Aufbau werden humane Standards und demokratische Lebensformen vermittelt.

Illegale Einwanderung, Import von Kriminalität, kann man durch Grenzkontrollen verhindern. Gert Singer, Waldtann

Die Sozialsysteme in Europa können nicht halb Afrika auffangen.

dem sie groß geworden sind, genau kennen, weil es ein Teil ihrer Identität ist.

Klar ist, in vielen Staaten Afrikas sind menschenverachtende Diktatoren an der Macht, die ihre Bevölkerung ins Exil treiben. Trotz alledem können die Sozialsysteme in Europa nicht halb Afrika zum Beispiel auffangen.

Schweden, eines der fortschrittlichsten Länder Europas, erklärt derzeit, Integration der vielen einst aufgenommenen Migranten ist gescheitert. Was tun?

Back to the roots. Um die Situation – Abholzung, Brandrodung

„Überregionale Bedeutung“

Zum Thema „Steinbruch Bölgental“:

Was weiter zu entwickeln ist, ist sicher die Wiederaufbereitung von Beton, Straßenbaudeckungen und Baumaterial. Da unser Gemeinwesen aber so organisiert ist, dass täglich pro Kopf ein Kilogramm Stein, Kies oder Schotter verbraucht werden, muss es sehen, dass dies seine geordnete Grundlage hat. Dies ist ein Material, welches nicht

„gschwind“ über den Weltmarkt billig zu importieren wäre. Es muss auf geordnete Weise gewonnen werden können, bis wir die Rahmenbedingungen ändern. Dafür sollte es Bürgerinitiativen geben. Bei allem Verständnis für betroffene Anlieger und ihr Existenzrecht: Diese heimische Wirtschaft hat überregionale Bedeutung und wichtige Arbeitsplätze. Hartmut Heilmann, Kirchberg